

Die Zukunft der Demokratie. Erkämpft, verteidigt – gefährdet?

THOMAS HARTMANN, JOCHEN DAHM UND FRANK DECKER (HG.)



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0557-7

1. Auflage 2019

Copyright © 2019 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlag: Hermann Brandner, Köln
Gestaltung und Satz: TypoGraphik Anette Bernbeck, Gelnhausen
Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2019

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

KURT BECK Vorwort	7
THOMAS HARTMANN, JOCHEN DAHM UND FRANK DECKER Einleitung • Er kämpft, verteidigt – gefährdet?	9
MANFRED G. SCHMIDT Über die Zukunft der Demokratie	19
ANJA KRÜKE Demokratie ohne Krise? Gibt's nicht – Erfahrungen aus den letzten 100 Jahren	31
GESINE SCHWAN Grundwerte sind für die demokratische Politik kein Luxus	44
CHRISTIAN KRELL UND SÖNKE HOLLENBERG Gesellschaftliche Spaltung und Soziale Demokratie	58
ALBRECHT VON LUCKE Der Niedergang der SPD und das Ende der deutschen Volksparteiendemokratie	73
JASMIN SİRİ Von der Partei zur Bewegung? Stand und Perspektiven einer politischen Vergesellschaftungsform	84
COLIN CROUCH Postdemokratie nach der Krise	96
DOMINIKA BIEGON Wie die europäische Wirtschaftsregierung die nationale Demokratie schleift. Die demokratische Legitimität des Europäischen Semesters auf dem Prüfstand	108
FREDERIK BECK Zum Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus. Dominante Ideen, Politisierung und demokratische Legitimität in der deutschen Finanzmarktpolitik	122

6 Inhalt

GRIT STRASSENBERGER Wie viel Elite verträgt die Demokratie?	136
LEA ELSÄSSER, SVENJA HENSE UND ARMIN SCHÄFER Politische Ungleichheit in Deutschland. Eine Untersuchung der Entscheidungen des Bundestags von 1998 bis 2013	151
NAIKA FOROUTAN Das Versprechen der pluralen Demokratie	169
ELISA GUTSCHE, IRINA MOHR UND FRANZISKA RICHTER Ostdeutsche emanzipative Demokratie? Beobachtungen aus einem umkämpften Land	187
VOLKER BEST, SANDRA FISCHER UND ANNE KÜPPERS Responsivität und Reformen. Demokratie-, sozial- und gesell- schaftspolitische Einstellungen von SPD-Sympathisanten	204
TIMO LOCHOCKI Die Vertrauensformel – Eine solidarische Bürgergesellschaft mit starkem Staat	221
FEDOR RUHOSE UND HANS-JÖRG SCHEDES Expertenkommission oder Demokratie-Enquete? Anmerkungen zum Stand der Demokratiepoltik auf Bundesebene	230
FRANK DECKER Mehr Demokratie durch mehr direkte Demokratie?	245
LISA HERZOG Politische Demokratie und Wirtschaftsdemokratie	259
ULRIKE GUÉROT Warum Europa eine Republik werden muss!	271
BRIGITTE WEIFFEN Internationale Reaktionen auf Krisen der Demokratie	282
CLAUS LEGGEWIE Wie man Autokraten loswird	294
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	309

Vorwort

VON KURT BECK

Wohin wir schauen, wandelt sich die Welt: Die internationale Staatengemeinschaft wird vielfach herausgefordert, die Gesellschaften polarisieren und radikalieren sich. Wir sind konfrontiert mit zunehmender Ungleichheit, Umbrüchen in der Arbeitswelt durch Digitalisierung und Globalisierung, starke Migrationsbewegungen, den Klimawandel und nicht zuletzt die Krise der Europäischen Union. 70 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes und 30 Jahre nach der friedlichen Revolution sprechen viele auch hierzulande von einer Krise der Demokratie.

Vor 100 Jahren wurde Friedrich Ebert zum ersten demokratischen Staatsoberhaupt in Deutschland gewählt. Er trat für die Stärkung der Demokratie in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft ein. Sein Wirken ist für die Friedrich-Ebert-Stiftung und uns alle Auftrag für die Gegenwart, in der mühsam erkämpfte demokratische Normen, Institutionen und Verfahren nun zunehmend herausgefordert werden. Denn wir erleben in Teilen der Bevölkerung einen doppelten Vertrauensverlust: in das Versprechen, dass in der Demokratie alle gehört werden, und darin, dass demokratische Politik das Leben der Menschen verbessern will und kann. Um Ursachen und Gegenrezepte wird gerungen, aber sicher ist dies: Wenn wir das Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit der Demokratie und ihr Teilhaberversprechen nicht wieder herstellen, verlieren wir alle – das zeigt sich gerade vielerorts in der Welt.

Ist die Demokratie also selbst in der Krise? Oder ist es eine Krise innerhalb des demokratischen Systems? Womöglich überzeichnet der Begriff »Krise« die Lage? Diese Fragen standen im Zentrum einer Ringvorlesung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn im Wintersemester 2018/2019. Aus ihr ist auch dieser Sammelband entstanden. Vorangegangene Ringvorlesungen hatten die wachsende

Ungleichheit und zuletzt das Jubiläumsjahr von Karl Marx zum Gegenstand. Gemeinsam mit ausgewiesenen Fachreferent_innen wurde diesmal der Zustand der Demokratie in den Blick genommen, über aktuelle Herausforderungen und Perspektiven diskutiert sowie untersucht, welchen Gefahren die Demokratie ausgesetzt ist. Diese Themen wurden aus interdisziplinärer Perspektive beleuchtet und jeweils mit rund zweihundert interessierten Teilnehmer_innen diskutiert. Gemeinsames Ziel ist es, eine Brücke zwischen dem wissenschaftlichen Diskurs und der allgemeinen politischen Debatte zu schlagen und so beides zu bereichern.

Nicht zuletzt angesichts des europaweiten Aufschwungs von rechts-extremen Parteien und des weltweit grassierenden Populismus braucht es einen neuen »Mut zur Demokratie«! Wir möchten Sie daher herzlich einladen, sich an der Debatte über die Zukunft der Demokratie zu beteiligen. Wir hoffen, dass die vorliegende Publikation Ihnen einige neue Erkenntnisse liefern und zusätzliche Orientierung bieten kann.

KURT BECK

Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

»Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.«

(Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869)

Einleitung

Erkämpft, verteidigt – gefährdet? Zur Krise und Zukunft der Demokratie

THOMAS HARTMANN, JOCHEN DAHM UND FRANK DECKER

Demokratie ist kein Selbstläufer. Das war sie nie. Sie wurde erkämpft. Sie musste stets gegen Gefährdungen verteidigt werden – leider nicht immer mit Erfolg. Und dass sie weiterhin gefährdet bleibt, ist in den letzten Jahren wieder deutlicher ins Bewusstsein getreten als in den vergangenen Jahrzehnten.

Viele Menschen fühlen sich ohnmächtig, ohne Einfluss und ohne Stimme im politischen Entscheidungsprozess. Gleichzeitig stellen populistische Parteien und Bewegungen die Grundwerte der Demokratie mittlerweile fast überall infrage. Mit der nachholenden Etablierung des Rechtspopulismus wird nun auch in Deutschland zur Gewissheit, dass die Ära der demokratischen Stabilität, die den Ländern der westlichen Welt jahrzehntelang Wohlstand und Frieden beschert hat, sich dem Ende zuneigt. Krisendiagnosen waren zwar auch schon früher – zumal mit Blick auf Parteien, Regierungen und Parlamente – allgegenwärtig; sie verblissen jedoch vor den neuen und neuartigen Herausforderungen, denen sich die Parteiendemokratie heute grundsätzlich gegenüber sieht.

Globalisierung und kleiner werdende Handlungsspielräume

Die erste und zugleich schwierigste Herausforderung besteht darin, dass die beschleunigte Globalisierung der Realwirtschaft und der Finanzmärkte den Handlungsspielraum der nationalstaatlichen Politik zunehmend einschränkt. Dies betrifft vor allem die unter Legitimationsgesichtspunkten besonders wichtigen Bereiche der Daseinsvorsorge und Sozialpolitik. Die Staaten können zwar durch internationale Kooperation Gestaltungsmacht zurückgewinnen, doch ändert das nichts daran, dass die Demokratie als Regierungs- und Herrschaftsform an die nationale Sphäre gebunden bleibt. Wie mühselig es ist, sie über diese Sphäre hinauszuheben, zeigen der Verlauf und die aktuellen Schwierigkeiten des europäischen Integrationsprozesses.

Wirtschaftliche und soziale Ungleichheit

Eng verwoben damit ist das zweite Problem: die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit. Indem sie die nationalen Wohlfahrtsstaaten und Arbeitsmärkte unter Druck setzt, verstärkt die Globalisierung das weitere Auseinanderdriften der Gesellschaft. Während das obere Drittel reicher wird, steigt das untere Drittel ab oder fühlt sich von Abstieg bedroht. Verschärft wird die Ungleichheit durch den gleichzeitig rückläufigen gemeinschaftlichen Zusammenhalt, der eine Folge der Individualisierung darstellt und auch die Alltagskultur dem Prinzip des Marktes immer mehr unterwirft. Man sollte sich allerdings davor hüten, die 1950er oder 1960er Jahre vorschnell als »goldenes Zeitalter« der Demokratien nostalgisch zu überhöhen. In Bezug auf Geschlechtergleichheit oder die Rechte sexueller Minderheiten waren sie das sicher nicht. Hier sind glücklicherweise bedeutende Gleichheitsfortschritte zu verzeichnen.

Schattenseiten der Digitalisierung

Die dritte große Herausforderung entsteht durch die Digitalisierung. Welche Ausprägungen und Konsequenzen diese haben wird, ist aus heutiger Sicht noch nicht absehbar. Der von manchen geäußerten Hoffnung, das Netz führe zu mehr direkter Demokratie und einer größeren Entscheidungstransparenz, stellen andere die Schattenseiten einer immer stärker fragmentierten Öffentlichkeit und der Unterminierung elementarer Prinzipien wie Respekt und Dialogbereitschaft entgegen, auf denen das Funktionieren der Demokratie beruhe. Noch gravierendere Folgen drohen durch die Aushöhlung individueller Freiheitsrechte und durch manipulative Eingriffe in die Freiheit des demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses.

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit

Die vierte Herausforderung der Demokratie ist eine notorische – sie liegt in der Bevorzugung von gegenwärtigen gegenüber künftigen Interessen. Wo das Stimmrecht bei den Lebenden liegt, geraten die Belange der späteren, noch nicht geborenen Generationen systematisch aus dem Blick. Die Brisanz dieses Problems lässt sich heute vor allem an zwei Bereichen festmachen: den ökologischen Gefährdungen durch die Erderwärmung und der privaten und öffentlichen Verschuldung beziehungsweise mangelnden Investitionen in Infrastruktur und Zukunftsbereiche wie Bildung.

Die politischen Systeme haben auf diese zentralen Herausforderungen zwar durchaus reagiert, vor allem indem sie ihre Entscheidungsstrukturen angepasst haben. Die Verlagerung von Entscheidungszuständigkeiten auf die europäische und transnationale Ebene birgt freilich ein Problem. Sie entzieht die Entscheidungsprozesse noch weiter der demokratischen Kontrolle und Beeinflussbarkeit, die die Bürger_innen aus der nationalstaatlichen Sphäre gewohnt sind und waren. Auch im nationalen Rahmen gewinnen Behörden, Verfassungsgerichte und spezialisierte Gremien, in denen Fachleute und Interessenvertreter_innen weitgehend unter sich bleiben, gegenüber den gewählten Vertreter_in-

nen der repräsentativen Institutionen – Parteien, Parlamenten und Regierungen – an Bedeutung und genießen eine höhere Wertschätzung als diese. In der gesellschaftlichen Sphäre sehen sich die Parteien wiederum mit der Tatsache konfrontiert, dass die Partizipation vermehrt in Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen stattfindet, die Bürger_innen also andere Formen und Kanäle der Einflussnahme vorziehen.

Wenn diese Diagnose stimmt, dann lassen sich daraus folgende Anforderungen und Handlungsempfehlungen für eine Rückgewinnung demokratischer Legitimität ableiten:

1. Die Repräsentationsbasis von Parteien und Parlamenten muss im Sinne einer gemeinwohlbasierten, an den Interessen der gesamten Bevölkerung orientierten und zugleich zukunftsgerichteten Entscheidungsverantwortung verbreitert werden. Dazu sind an vielen Stellen des politischen Systems institutionelle Reformen nötig.
2. Um den sozialen und kulturellen Zusammenhalt der Gesellschaft zu erhöhen, muss die Sozial- und Wirtschaftspolitik so ausgerichtet werden, dass sie die Verlierer_innen des Wettbewerbsgeschehens stärker schützt. Gleichzeitig bedarf es einer Stärkung gemeinschaftlicher Erfahrungsräume, die vor allem auf der kommunalen Ebene ansetzen muss.
3. Weil die Regierungsfähigkeit im nationalen Rahmen allein nicht mehr gewährleistet werden kann, müssen rechtsstaatliche und demokratische Prinzipien auch auf der europäischen – und soweit möglich – transnationalen Ebene Einzug halten. Dabei ist darauf zu achten, dass die demokratischen Errungenschaften auf nationaler Ebene durch die Kompetenzübertragungen nicht unterminiert werden.
4. Demokratiebeschützende Prinzipien wie Meinungspluralismus, Gewaltenteilung, Minderheitenrechte und die Unabhängigkeit der Justiz, die von den Rechtspopulist_innen unter Berufung auf den angeblichen Volkswillen negiert werden, gilt es entschieden zu verteidigen. Hier müssen auch neue Herausforderungen angegangen werden, wie sie sich etwa durch den Missbrauch der Meinungsfreiheit im Netz ergeben.

Die vier Punkte markieren die normativen Leitplanken für einen politischen Ideenwettbewerb, die von den Parteien ausgefüllt werden müssen. Dies gilt vor allem für die kleiner gewordenen Volksparteien, die an Überzeugungskraft nur zurückgewinnen können, wenn sie ein eigenes unverwechselbares Profil entwickeln und die Unterschiede zur Konkurrenz klar herausarbeiten. Damit würde auch die Akzeptanz der gesamten Parteiendemokratie steigen. Chancen und Spielräume für eine solche Revitalisierung gibt es durchaus.

Das wird auch im Überblick über die Beiträge in diesem Band deutlich. Er versammelt mutige Utopien und nüchterne Gegenwartsanalysen, neueste Studienergebnisse und historische Betrachtungen. Er geht zurück auf eine Ringvorlesung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Instituts für Politische Wissenschaft und Soziologie an der Universität Bonn aus dem Wintersemester 2018/2019.

Der Heidelberger Politikwissenschaftler MANFRED G. SCHMIDT macht gleich zu Beginn klar, dass die Debatte über die Krisen und die Zukunftsfähigkeit der Demokratie diese seit ihren Anfängen begleitet. Zwar laborieren die Demokratien nicht nur an konjunkturellen Problemen, sondern auch an strukturellen. Trotzdem: Das 21. Jahrhundert könnte mit unterschiedlichen Ausprägungen und Varianten das Jahrhundert der Demokratien werden.

Dass ohne Zukunftsvorstellung keine Demokratie zu gestalten ist, zeigt die Bonner Historikerin ANJA KRÜKE am Beispiel der dominanten Krisenwahrnehmung der Weimarer Republik, die bis heute nachhallt. Eine Delegitimierung von Demokratien geschieht nicht von heute auf morgen, sondern schleichend. Denn Demokratien sind nicht nur von ihren Gesetzen und Institutionen abhängig, sondern auch davon, welche Zukunftsvorstellungen und welcher Geist in einer Gesellschaft herrschen. GESINE SCHWAN, Vorsitzende der Grundwertekommission der SPD, zeigt in ihrem Beitrag, dass Grundwerte für die Demokratie keinesfalls ein Luxus sind, sondern vielmehr eine Voraussetzung für deren Fortbestand.

In jüngster Zeit gewinnt die Analyse einer neuen »kulturellen« Konfliktlinie, mit der sich die Spaltung der Gesellschaft, der Wandel des Parteiensystems und letztlich der drohende Zerfall der liberalen Demo-

kratie erklären lasse, vermehrt an Bedeutung. Besonders sozialdemokratische Akteure geraten dabei unter Druck und müssten sich für eine Seite entscheiden, so die gängige These. Für die Politikwissenschaftler CHRISTIAN KRELL und SÖNKE HOLLENBERG hingegen kann die Soziale Demokratie aber gerade nur dann erfolgreich sein, wenn sie die gesellschaftlichen Gräben nicht weiter vertieft, sondern Brücken baut. Auch der Publizist ALBRECHT VON LUCKE beschreibt eine neuartige Polarisierung, mit der sich die Bundesrepublik von ihrer Kultur der Mitte verabschiedet. Funktionierten die großen Volksparteien lange Zeit wie kommunizierende Röhren, gerät die Stabilität des Parteiensystems durch deren Schrumpfen zunehmend ins Wanken. Es gelingt ihnen nicht mehr, mit neuen Bündnissen das ganze Land zu integrieren. Einen Ausweg sieht er vor allem in einer linken Regierungsalternative.

Die Parteiensysteme sind auch in anderen europäischen Ländern in Bewegung. Neue Parteien entstehen, die ganz anders zu funktionieren scheinen und ein anderes Selbstverständnis für sich beanspruchen. Die Münchner Soziologin JASMIN SIRI untersucht diese Entwicklung und stellt sich dabei die Frage, wie Stabilität und Zuverlässigkeit demokratischer Verfahren unter diesen veränderten Bedingungen organisiert werden können. Der Vordenker der Postdemokratie-These COLIN CROUCH beschreibt in seinem Beitrag ein politisches System, in dem die Institutionen der Demokratie zwar formal weiter existieren, aber nicht mehr mit Leben gefüllt sind. Wenn die Bürger_innen nicht wachsam seien, könnten diese von antidemokratischen Kräften missbraucht und manipuliert werden. Sein Essay über die Postdemokratie galt bereits kurz nach seinem Erscheinen als Klassiker der Gegenwartsdiagnose. Crouch sieht die Demokratie vor allem durch eine verstärkte Verflechtung von politischer und wirtschaftlicher Macht bedroht. So gibt es spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise auch eine lebhafte Debatte über mangelnde Legitimation der sogenannten Troika.

Die Gewerkschaftsvertreterin DOMINIKA BIEGON geht in ihrem Beitrag noch weiter und zeigt, inwiefern die Europäische Kommission auch Einfluss auf das wirtschaftspolitische Alltagsgeschäft der EU-Mitgliedsstaaten ausübt, und kritisiert deren marktliberale Schlagseite. FREDERIK BECK vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

fragt danach, wie sich das Kräfteverhältnis zwischen Demokratie und Kapitalismus so stark verschieben konnte und welche Rolle demokratisch gewählte Politiker_innen in diesem Prozess gespielt haben. Seine Analyse kann helfen, das Entstehen marktliberaler Politikergebisse zu erklären; gleichzeitig zeigt sie, dass diese politisch gestaltbar und umkehrbar bleiben.

Nachdem sich die populistische Kritik gegenwärtig vornehmlich gegen die wirtschaftlichen und politischen Eliten richtet, ist es wichtig, zu verstehen, welche Rolle diese im Modell der liberalen Demokratie spielen. Die Bonner Politikprofessorin GRIT STRASSENBERGER beschreibt in ihrem Beitrag das Verhältnis von Elite und Demokratie. Die Frage nach der Rolle der Eliten ist auch für LEA ELSÄSSER, SVENJA HENSE und ARMIN SCHÄFER zentral, verlangt die Demokratie doch, dass nicht nur die Interessen einiger weniger, sondern aller repräsentiert werden. In ihrer Studie haben die Forscher_innen aus Münster und Duisburg-Essen untersucht, inwiefern ökonomische Ungleichheit Einfluss auf Politik hat. Sie zeigen darin, dass auch hierzulande politische Entscheidungen stärker mit den Präferenzen höherer als mit denen unterer Einkommensgruppen übereinstimmen. Daran anknüpfend führt die Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik NAIKA FOROUTAN von der Berliner Humboldt-Universität in ihrem Beitrag aus, dass die Idee der pluralen Demokratie sich aber gerade am Grad der Anerkennung, Chancengleichheit und Teilhabe möglichst aller Bürger_innen bemisst. Plurale Demokratien drohten am Dilemma zwischen dem normativen Versprechen der Gleichheit und dem empirischen Scheitern bei der Umsetzung dieser Norm zu zerbrechen.

Eine der Grundvoraussetzungen politischen Vertrauens in der repräsentativen Demokratie ist mithin, dass möglichst viele gesellschaftliche Gruppen sichtbar und repräsentiert werden, so befinden es ELISA GUTSCHE, IRINA MOHR und FRANZISKA RICHTER in ihrem Beitrag. Dreißig Jahre nach der Friedlichen Revolution aber sind Ostdeutsche in den Eliten von Politik, Wissenschaft, Medien und Wirtschaft immer noch nicht gleichermaßen repräsentiert. Die Autorinnen erörtern wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklungen und damit in Zusammenhang stehende Ausschluss- und Abwertungserfahrungen, die viele Ost-

deutsche gemacht haben, und skizzieren Lösungsansätze zur Stärkung der Demokratie in Ostdeutschland.

Die repräsentative »Vertrauensstudie« der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigte im August dieses Jahres einen erheblichen Vertrauensverlust in die Demokratie auf. VOLKER BEST, SANDRA FISCHER und ANNE KÜPPERS von der Universität Bonn fragen in ihrem Beitrag nach den Gründen dieses Vertrauensverlusts und der rückläufigen Zufriedenheit mit der Demokratie. Sie leiten daraus konkrete Reformvorschläge ab, wie gerade die Sozialdemokratie das Vertrauen in die demokratische Politik fördern könnte. Auch der Berliner Politologe und Politikberater TIMO LOCHOCKI sucht nach Rezepten, wie die Volksparteien mit dem schwindenden Vertrauen und dem Aufstieg des Rechtspopulismus umgehen sollen. Dazu schlägt er einen neuen »Bürgerlichen Kompromiss« vor und erklärt, wie dieser in ein parteipolitisches Narrativ eingebettet werden könnte.

Die Große Koalition auf Bundesebene hat sich in der aktuellen Legislaturperiode vorgenommen, eine Expert_innenkommission einzusetzen, um die Demokratie zu stärken. FEDOR RUHOSE vom »Progressiven Zentrum« und Honorarprofessor HANS-JÖRG SCHMEDES vom Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt Universität zu Berlin befürchten, dass sich eine solche Kommission zu sehr auf die Frage der Beteiligung und direktdemokratische Elemente beschränken könnte. Sie formulieren in diesem Band daher weitreichendere Initiativen für die Demokratiepolitik. Aus ihrer Sicht wäre die Einberufung einer Enquete die richtige Antwort, um Vorschläge für eine bessere Repräsentation zu erarbeiten.

Mitherausgeber FRANK DECKER zeigt in einem gesonderten Beitrag, dass ein demokratischer Mehrwert direktdemokratischer Verfahren unter dem Strich weder normativ noch empirisch begründbar ist. Ob er sich einstellt, hängt zum einen davon ab, in welche Umgebung sie eingebettet sind. Zum anderen kommt es auf die institutionelle Passform an: Die Verfahren müssen sich in das vorhandene Regierungssystem einfügen und mit dessen Funktionsprinzipien »vertragen«. Insbesondere Letzteres begründet Zweifel an den von unten ausgelösten Verfahren der sogenannten Volksgesetzgebung, die die direktdemokratische Verfassungsgebung in der Bundesrepublik dominieren.

Nach der Münchner Philosophieprofessorin LISA HERZOG bestehen darüber hinaus gute Gründe für die Annahme, dass sowohl die Repräsentativität als auch die Effektivität der Demokratie langfristig durch eine stärker partizipative und demokratische Gestaltung der Wirtschaftswelt verbessert werden könnte. Die Förderung von wirtschaftsdemokratischen Experimenten und deren Ausweitung könnte für sie daher eine Antwort auf die Frage sein, was wirtschaftspolitisch »nach dem Neoliberalismus« kommt, auch mit Blick auf die digitale Transformation.

Ein weiteres zukunftsweisendes Experiment wagt die Europa- und Demokratieforscherin ULRIKE GUÉROT. Sie will den europäischen Markt und die europäische Währung um eine europäische Demokratie ergänzen, in der der allgemeine politische Gleichheitsgrundsatz für alle Bürger_innen Europas gilt. So zeichnet sie in ihrem Beitrag einen möglichen Weg hin zu der Vision einer Europäischen Republik. Angesichts der verschwimmenden Trennlinie zwischen demokratischen und autokratischen Ländern und des in der westlichen Staatenwelt grassierenden Populismus scheint dieser Weg in weite Ferne gerückt. BRIGITTE WEIFFEN von der Universität São Paulo fragt in diesem Zusammenhang, welche Rolle internationale Demokratieförderung für die EU und die USA noch spielen kann, wenn ehemals demokratiefördernde Länder selbst zu möglichen Adressaten werden.

Im letzten Beitrag des Bandes macht der Politologe und Publizist CLAUS LEGGEWIE noch einmal deutlich, dass die Demokratien zwar weltweit weiterhin die Mehrheit der Staaten bilden, der Diskurs gegenwärtig aber vor allem von den lauten Stimmen der Autokratien dominiert wird, die den Rechtsstaat vielerorts zunehmend unter Druck setzen. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass der Aufstieg der Autokratien durchaus aufzuhalten sei. Opposition, Protest und Widerstand bleiben weiter lebendig!

Abschließend danken wir allen Autorinnen und Autoren für ihren Beitrag zu diesem Sammelband. Mithilfe ihrer Expertise ist ein facettenreiches Buch über den Zustand, die Herausforderungen und die Perspektiven der Demokratie entstanden. Unser Dank für die Unterstützung dieses Bandes gilt darüber hinaus der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Wir sind überzeugt: Die Zukunft der Demokratie liegt in einer starken, sozialen Demokratie, die allen Menschen Teilhabe und freie Entwicklung ermöglicht und den gesellschaftlichen Zusammenhalt garantiert. Wie lässt sich dieses Ziel erreichen? Wir hoffen, dieser Band kann die Debatte dazu fördern!